



Offener Brief

Kommentar des Väteraufbruch für Kinder - Landesverein Bremen e.V.
zu den Vorstandsbeschlüssen der SPD und den Vorgängen um den Fall Kevin,
anhand des Artikels

Geldströme für Kinder

Weser Kurier vom 8.1.2006

Der Bremer Tageszeitung AG danken wir hiermit für seine sehr erhellende Berichterstattung zum Fall Kevin und deren Folgen. Der zitierte Artikel ist an der *Kursivschrift* zu erkennen.

Als Vorwort möchten wir klarstellen, dass für die Verhältnisse zum Thema Kindeswohl alle Parteien verantwortlich zeichnen, die in den letzten zwanzig Jahren Regierungsverantwortung in Bund und Land trugen.

Dass diese Kommentare nun die SPD treffen, ist also eher dem Zufall zuzuschreiben, das diese als erste Vorstandsbeschlüsse zum Thema verabschiedet hat, und das auch noch in Bremen.

Neue Geldströme für Kinder SPD-Vorstand: Direkte Förderung von Familien reduzieren und Betreuung erweitern

BREMEN. Die SPD fordert ein Umsteuern in der Kinder- und Familienpolitik. In einem Beschluss in der Bremer Klausurtagung setzte sich der Vorstand der Bundespartei gestern für eine Umschichtung von Transferzahlungen zugunsten von Investitionen für Kindertagesstätten und anderer Infrastrukturen aus.

Kommentar:

Verantwortlich Erziehende, insbesondere Vollfamilien werden weniger gefördert, wie es schon mit der Kilometerpauschale und der Wohnungsbauförderung - den klassischen Instrumenten zur Stabilisierung von jungen, mobilen Familien - begonnen wurde.

Dafür wird für verantwortlich selbst Erziehende ein ökonomischer Zwang aufgebaut, die Kinder in Betreuung zu geben, und sich eben nicht selbst um die Kinder zu kümmern, sondern arbeiten zu gehen. Die Inhalte dieser Erziehung basieren dann auf den Inhalten der sozialpädagogischen Lehre, die wie u.a. Frau Prof. Dr. Annelie Keil vom Fachbereich Sozialarbeitswissenschaft der

Uni Bremen sagt, zum Thema Kindeswohl in der Bundesrepublik um Jahrzehnte hinter der europäischen Entwicklung hinterher ist.

Die Inhalte der Erziehung werden so denjenigen „Strukturen“ übergeben, die für den Fall Kevin verantwortlich waren, und die sich auch weiterhin jeglicher Bürgerbeteiligung - teils sogar gesetzwidrig - entziehen.

Tatsache:

Etwa 20% der zusammenlebenden Eltern wünschen sich die klassische Verteilung (ein Elternteil, meist die Mutter, zu Hause, der andere Elternteil sorgt für die Finanzierung. Auf diesem Modell basiert übrigens die gesamte Unterhaltsberechnung bei getrennten Eltern bezüglich der Kinder). Der Rest wünscht sich Vollzeit/ Teilzeit zu etwa 30%, die Mehrheit aber Teilzeit/Teilzeit, wobei darunter etwa 30 Stunden die Woche verstanden werden. Nur ein sehr geringer Anteil wünscht sich Vollzeit / Vollzeit und Ganztagsbetreuung der Kinder. Diese ist also nur durch ökonomische Zwänge durchzusetzen.

Die Mehrheit der Eltern sagt:

WIR SIND DIE ELTERN - UND WOLLEN DAS AUCH BLEIBEN DÜRFEN!

Ganztagsbetreuung ist überwiegend für getrennte Eltern notwendig, und damit ist der Vorstoß der SPD nicht die Umsetzung des Willens der Mehrheit der Eltern, sondern das Verwalten der Folgekosten der aktuellen parteiübergreifenden Trennungsbeförderungspolitik gegenüber verbindlichen und verantwortlichen Elternbeziehungen, die offenbar fortgesetzt werden soll.

Zudem soll das "Wächteramt des Staates" gegenüber Eltern gestärkt werden, die ihre Kinder vernachlässigen.

Kommentar:

Diejenigen, die für Kevin und Andere verantwortlich sind, und daran kläglich gescheitert sind, sollen nun erweiterte Befugnisse bekommen.

Dazu gehören auch Krippen-, Kindergarten- und Schulsystem, die jeweils im europäischen Vergleich, Bremen auch noch im Bundesvergleich, vollkommen versagen.

Klarstellung:

Es gibt sicherlich sehr qualifizierte, engagiert und erfolgreiche Erzieher/innen, SozialpädagogInnen und Lehrer/innen. Angesichts der installierten Zwänge für Eltern und Einrichtungen für Kinder haben diese aber kaum noch eine Chance. Entsprechend bitten wir diese, sich mit den verantwortlichen Eltern zu solidarisieren.

Tatsache:

Schon jetzt tut sich Bremen damit hervor, dass in 7% aller bezüglich Sorgerecht strittigen Scheidungen beiden Eltern das Sorgerecht entzogen wird, doppelt so häufig wie im Bundesdurchschnitt.

In Bremen ist das durch Bundesrecht verbrieftes Recht, dass ein Elternteil Akteneinsicht in die über sich selbst vom Jugendamt geführten Unterlagen bekommt, ausser Kraft gesetzt - selbst noch für Anwälte. Dass im Fall Kevin keine nachvollziehbaren Akten geführt wurden, und somit

keine Kontrolle möglich war, ist jahrelang niemandem aufgefallen. Also kann es auch kein inhaltliches Controlling gegeben haben, auch keines durch andere betroffene Elternteile. Die Gewaltenteilung ist in Bremen dadurch zumindest erheblich eingeschränkt, dass die Bürgermeister in ihrer Funktion als Justizsenatoren mit dafür verantwortlich sind, dass am Oberlandesgericht für Familien- und Kindschaftsrecht eine Frau mitverantwortlich ist, die bundesweit als führende Theoretikerin des Steinzeitfeminismus verschrien ist, und entsprechend gelegentlich Kindeswohl mit ökonomischen Interessen von Frauen verwechselt. Was würde wohl mit Eltern bzw. deren Kindern geschehen, wenn diese wie viele Schulen nur noch mit den Achseln zucken, wenn Kinder oder Jugendliche in ihren Räumlichkeiten abzocken, dealen oder am Unterricht höchstens noch physisch teilnehmen, oder die sich wie so mancher Kindergarten/Schule weigern, Jungen zu erziehen oder zu fördern, da diese allemal genetisch bedingt Gewalttäter und Vergewaltiger seien? Oder deren Erziehungsergebnis darin besteht, dass laut Handwerkskammern ein Drittel aller Schulabgänger/innen mit Abschluss nicht ausbildungsfähig seien?

Die Mehrheit der Eltern sagt:

Das "Wächteramt der Eltern" gegenüber dem Staat, der ihre Kinder vernachlässigt, muss gestärkt werden.

Oder in den früheren Worten der SPD: Mehr Demokratie wagen - am Thema Kindeswohl.

Bürgermeister Jens Böhrnsen spricht bei der Vorstellung des Konzepts im Bremer Rathaus von einem "Quantensprung in der Kinderpolitik".

Kommentar:

Die in der Bremer Erklärung dargestellte vollständige Kapitulation vor den von Staatsrat Meurer in der Voruntersuchung zum Untersuchungsausschuss „Kindeswohl“ (Kevin) identifizierten „Strukturen“ ist tatsächlich ein Quantensprung. Bisher wurde zumindest vorgeschützt, dass es in der Familienpolitik um Eltern und ihre Kinder geht. Jetzt wurde klar gemacht, dass es um die Ausweitung der Machtbefugnisse und finanziellen Ausstattung dieser „Strukturen“ geht, während Eltern durch finanzielle Zwänge aus dem Kontakt zu und der Verantwortung für ihre Kinder gedrängt werden sollen.

Die Mehrheit der Eltern sagt:

Diese Strukturen müssen benannt und von der Handhabe auf unsere Kinder entfernt werden.

Zumindest wird es Folgen für die finanzielle Planung von Familien haben, wenn die SPD ihr Konzept in Berlin durchsetzen kann. Denn finanzielle Transfers für Familien sollen umgeschichtet und Steuervorteile reduziert werden. Mögliche zukünftige Erhöhungen des Kindergelds sollen ebenso in den Ausbau der Infrastruktur zur frühen Förderung von Kindern investiert werden wie finanzielle Mittel, die durch geringere Kinderzahlen ab 2010 frei werden.

Kommentar:

Es wird also nicht davon ausgegangen, dass sich an der Geburtenrate etwas ändern wird. Damit gesteht die große Koalition in Bund und Land ein, dass die bisherige Familienpolitik, von der

gesagt wurde, dass sie auf Familie und Kinder als von der Gesellschaft unterstütztes Ziel hinarbeitet und so die Geburtenrate erhöht, gescheitert ist. Damit verabschiedet sie sich auch von dem Ziel, an der demografischen Entwicklung etwas zu tun, die bislang noch als Hintergrund für den Abbau der sozialen Systeme benannt wurde.

Es ist absehbar, dass diese Sozialstreichung wieder nach dem gleichen Strickmuster aufgebaut wird, wie die Vorigen: Verlierer sind die Familien, die Alleinerziehenden werden von den Streichungen größtenteils ausgenommen, die zweite Hälfte des Eingesparten nutzt der Bund für seine Haushaltsengpässe und einige Feigenblattprojekte.

Wie die Umlenkung der Geldströme weg von der direkten Förderung von Familien hin zu Infrastrukturen für Kinder konkret aussehen wird, soll eine Arbeitsgruppe bis zum Februar entwickeln. "Es muss früher damit begonnen werden, die Begabungen der Kinder gezielt zu fördern und die Schwächen auszugleichen", heißt es in dem Vorstands-Beschluss.

Kommentar:

Die Frage, warum in dem von Politikern so genannten „traditionell linken“ Bremen der Einfluss der sozialen Herkunft auf das Bildungsergebnis am Höchsten ist, wird vollständig ausgeblendet. Stattdessen die simple Lösung: Den Einfluss der sozialen Herkunft dadurch abbauen, dass der Kontakt zwischen Eltern und Kindern abgebaut wird - genial! Soziale Familienpolitik?

Die Mehrheit der Eltern sagt:

Beendet die Entmündigung der Eltern. Förderung der Be- und Erziehungs- und Liebesfähigkeit von Klein an, Ausdehnung des Konzeptes der Familienhebammen bis zum Kindergartenalter, Einbindung von Institutionen und Eltern.

SPD-Ziel ist es, ab 2010 einen Rechtsanspruch auf ganztägige Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder zu erlassen - vom ersten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt. Die Kommunen sollen das Angebot bereitstellen, finanziell unterstützt vom Bund. Schrittweise soll die Kita-Zeit beitragsfrei werden.

Kommentar:

Dass Kitas und Schulen bezüglich Beitragsfreiheit gleichgestellt werden, halten wir für richtig. In dem Verlauf erwarten wir aber 4 Anpassungen:

1) Schon heute erhalten nicht öffentliche Schulen, in Bremen vorwiegend mit Kirchen als Träger und bezogen auf die Elternhäuser keine Eliteschulen, keine Zuschüsse zum Ausbau der Ganztagsangebote. Entsprechendes ist auch für die privaten, oft von Eltern selbst organisierten Kindergärten, -gruppen und -krippen zu erwarten. Die Beitragsfreiheit für Eltern ist zu ergänzen durch eine Finanzierungsgarantie für alle Träger.

2) Da aktuell Eltern mit niedrigem Einkommen kaum Beiträge zahlen, ergibt sich hier ein Vorteil von mehreren hundert Euro pro Monat und Kind für Eltern mit hohem Einkommen, die nicht notwendigerweise verantwortlicher erziehen als Eltern ohne oder mit niedrigem Einkommen. Eine Fortführung der Umverteilung von unten nach oben an diesem Thema ist vollkommen unangemessen.

3) Die Unterhaltsleistungen von getrennten Unterhaltspflichtigen Elternteilen müssen angepasst werden, da sich die finanzielle Situation im Durchschnitt ändert. Ferner wird hier der Betreuungsunterhalt des Elternteiles, bei dem das Kind gemeldet ist, steuerfinanziert auf etwa die

Hälfte reduziert, womit letztlich die gesamte bisherige Umsetzung des Familien- und Kindschaftsrechtes, nämlich Betreuungsunterhalt auf der einen, meist Mütterlicherseits, auf den anderen, meist Väterlicherseits, hinfällig wird. (Es sei den, wir übernehmen die „Rechtssprechung“ des Bremischen OLG: „Zeiten kostenloser öffentlicher Betreuung und Schlafenszeiten - auch beim Vater im Urlaub - sind als Betreuungszeit und -leistung der Mutter zu rechnen.“

4) Schon heute wird von Sozialbehörden wie den ALG II-Behörden verlangt, dass davon abhängige Eltern Ganztagsarbeit annehmen, da es Ganztagsbetreuung gibt. Ferner wird von Eltern, insbesondere von dem getrennten Elternteil, der nicht mit dem Kind zusammenlebt, bundesweite Mobilität verlangt. Die im Sozialrecht verankerte Kindeswohlgefährdungen sind aufzulösen.

Kommentar:

Wer sich um Angehörige kümmert, und damit die Sozialsysteme entlastet, muss unterstützt werden. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Betreuungs- oder finanzielle Leistungen handelt, oder ob Kinder, Eltern oder andere Angehörige betreut werden. Entsprechend ist das Steuer- und Unterhaltsrecht zu ändern.

Als zweite wichtige Akzentverschiebung in der Familienpolitik fordert Böhrnsen, das "Wächteramt des Staates" konsequenter einzusetzen. Erfahren Kinder keine ausreichende Unterstützung oder gar Gewalt in der Familie, müsse der Schutz von Kindern "notfalls auch gegen die eigenen Eltern durchgesetzt werden", so die SPD-Vorständler in ihrer Entschließung. Das wollen die Genossen dann auch im Grundgesetz verankert sehen.

Was uns hier fehlt:

Was ist mit der elterlichen Erziehung und der öffentlichen Verantwortung, Herr Böhrnsen? Wir können wohl pro Monat 3 Fälle nennen, in denen Behörden sich ebenso verhalten, wie im Fall Kevin. Dass nicht nur zwei so genannte Casemanager, sondern selbst Ex-Staatsrat Dr. Arnold Knigge und Ex-Senatorin Röpke Bauernopfer der „Strukturen“ waren, von denen Sie sich offensichtlich weiterhin ihre Vorlagen bis hin zu Grundgesetzänderungen erstellen lassen, pfeifen die Spatzen von den Dächern.

Zum Schutz gefährdeter Kinder sollen die Familiengerichte mehr Möglichkeiten erhalten, einzugreifen.

Kommentar:

Dieses System kennen wir aus dem Gewaltschutzgesetz zur Genüge. Während in anderen Bundesländern etwa 10% Frauen wegen Gewalt gehen müssen, ist in Bremen umgesetzt, dass grundsätzlich der Mann geht. Dazu jubelt die ZGF, dass RichterInnen am OLG kein einziges Berufungsverfahren positiv beschieden hat. Wegen Chancenlosigkeit gibt es deshalb auch fast keine Berufungsverfahren mehr, was in der Presse so dargestellt wird, dass die Männer sich „einsichtig“ zeigen.

Mit einem flächendeckenden System aus Einladeverfahren sollen Eltern zu Vorsorgeuntersuchungen verpflichtet werden.

Kommentar:

Offenbar wird davon ausgegangen, dass der Fall Kevin nicht passiert wäre, wenn noch ein zusätzlicher Zettel mit einem Hinweis auf Kindeswohlgefährdung im Jugendamt gelandet - und verschwunden - wäre.

Zu dem Ansinnen „Einladungsverfahren“ gab es bereits diverse Kritik aus der Ärzteschaft: Zum einen wird hier ein riesiger zusätzlicher Verwaltungsaufwand aus der Verantwortung des Staates auf die Krankenkassen abgewälzt. Weiter gibt es erfahrungsgemäß so genannte „Krankenschreiber/innen“ in der Ärzteschaft, analoges ist auch hier zu erwarten. Weiter ist es geradezu Kennzeichen von vernachlässigenden Eltern, dass sie die zuständige Autoritäten regelmäßig wechseln.

Die Mehrheit der Eltern sagt:

Die beste Sicherstellung von verantwortlicher Erziehung geschieht im sozialen Umfeld und an den Stellen, an denen die Kinder allemal sind. Nachbarn und verantwortliche Fachleute haben die Jugendämter (und Polizei) mehrfach informiert: Staat hat versagt, und nicht die Gesellschaft.

Deshalb: Vollständige Transparenz und öffentliche Kontrolle aller staatlichen Organe, die mit der Wahrung des Kindeswohls betraut sind.

Verfassungsrechtliche Probleme, Kinderrecht gegenüber Elternrecht zu stärken, sieht Bürgermeister Böhrnsen nicht.

Kommentar:

Natürlich gibt es keine verfassungsrechtlichen Bedenken, wenn zunächst das Grundgesetz geändert wird, und dann dieses Paket als Umsetzung von Kinderrecht hingestellt wird. Tatsächlich wird hier nicht Kinderrecht gegen Elternrecht gestärkt, sondern Obrigkeitsstaat gegen elterliche und solidarische gesellschaftliche Verantwortung.

Wir laden Herrn Böhrnsen gerne zu einem Gespräch ein, was auch ohne die nun zum Parteiprogramm vor-beschlossenen Verschärfungen Jugendamtsverhalten heute schon bedeutet. Er wird dann verstehen, warum von den gut 5000 in Bremen pro Jahr geborenen Kindern nur noch gut 4000 in Bremen leben, wenn sie in den Kindergarten sollten. Dieses Abstimmungsergebnis mit den Füßen, das in 2007 wohl dazu führen wird, dass die Bundesrepublik zum Auswanderungs- statt Einwanderungsland mutiert, wird sich schätzungsweise auch in Bundes- und Bürgerschaftswahlen wiederholen.

Bereits am Sonnabend hatten die führenden SPD-Gremien den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm gebilligt (wir berichteten). Das soll nicht nur Orientierung auf nationaler Ebene bieten. "Wir Sozialdemokraten wollen uns damit auch im internationalen Rahmen positionieren", erklärte Parteichef Kurt Beck gestern zum Abschluss der Klausurtagung im Rathaus.

Kommentar:

Die Warnungen, dass die Bundesrepublik und speziell Bremen in Bezug auf Familienpolitik im europäischen Vergleich im Mittelalter lebt, werden in den Wind geschlagen: Der Fall Kevin wird über Brüssel gelöst.

Deutschland wurde mehrmals vom Europäischen Gerichtshof verklagt. Sich mit den Worten „wir haben nichts gewusst“ herauszureden ist ein Schlag ins Gesicht eines jeden Kindes.

Familienpolitik gehört für den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten zum "Herzstück" des Grundsatzprogramms, das jetzt erst mal als "Bremer Erklärung" zirkuliert, am Ende aber in Hamburg verabschiedet wird.

Die Forderungen des Väteraufbruch für Kinder, Landesverein Bremen e.V.:

Vollständige Transparenz und Zuständigkeitsrotation in Jugendämtern und Familiengerichten einschließlich OLG

Umgehende Installation von inhaltlichem Controlling in den Jugendämtern und Familiengerichten einschließlich OLG

Für Behörden, Institutionen und Gerichte verbindliche Festlegung auf dem Verordnungsweg, was als Kindeswohl zu verstehen bzw. umzusetzen ist. Diese Festlegung ist mit Institutionen der Familienhilfe und von verantwortlich erziehenden Eltern zu entwickeln. Die Einhaltung ist von den disziplinarisch Zuständigen zu kontrollieren.

Ausbau des Familienhebammensystems, d.h. aktive Unterstützung der Erziehungsfähigkeit der Eltern bis zum Kindergartenalter, danach Kindergartenpflicht nach Regelungen wie Schulpflicht (mit dem Unterschied, dass diese durchgesetzt wird) für mindestens 3 Stunden pro Tag.

Gleichstellung in der Erziehung, Umsetzung des (noch) grundgesetzlich verbrieften Rechtes aller Eltern auf Erziehung ihrer Kinder - unabhängig davon, ob die Eltern zusammenleben oder nicht und unabhängig vom Familienstand der Eltern.

Umsetzung von Bundesrecht in Bremischen Behörden.

Bremen 10. Januar 2007

Väteraufbruch für Kinder - Landesverein Bremen e.V.

Der Vorstand
Hartmann/Eller